

Nr. 5.4.3.05

Schreiben N. N. an die Deutsche Gesandtschaft in Brüssel (31.01.1929)

Brief

Bearbeitet von: Roman Köster

Fundort: Politisches Archiv des Auswärtigen Amts, PAAA R 105369

Formalia:

Maschinenschriftliches Briefdokument

Regest:

In diesem Aktenvermerk eines Mitarbeiters des Auswärtigen Amtes in Berlin wird zunächst deutlich, dass protektionistische Maßnahmen in den Vereinigten Staaten, die während der Großen Depression mit dem Smoot-Hawley-Tarif vom Juni 1930 eine signifikante Steigerung erfuhren, schon seit längerer Zeit diskutiert wurden und keineswegs reines Resultat der Weltwirtschaftskrise waren. Zugleich wird in dem Aktenvermerk in bemerkenswerter Offenheit ausgesprochen, dass Deutschland praktisch keine Mittel in der Hand hielt, etwas gegen diese Politik zu unternehmen. Das war zum einen aufgrund der enormen Kreditsummen der Fall, die das Land seit dem Abschluss des Dawes-Plans 1924 in den USA aufgenommen hatte. Zum anderen sah man sich in Deutschland auf gute Beziehungen zu den USA angewiesen, um zu einer Revision in der Reparationsfrage zu gelangen. Ein Ausweg sieht der Autor des Vermerks nur in einem wirtschaftlichen Zusammenschluss der europäischen Länder, der damals durch Aristide Briand und andere in der Debatte war, den er aber zugleich als selbstverständlich utopisch bezeichnet.

-Aktenvermerk.

Herr Joly von der Belgischen Gesandtschaft sprach mich am 28. Januar im Auftrage seiner Regierung auf die in den Vereinigten Staaten bestehenden Pläne, verschiedene Zölle zu erhöhen an und fragte, welche Haltung die Deutsche Regierung dazu einnehme.

Ich sagte ihm, diese Pläne seien uns bekannt. Ich nähme an, dass deutsche Ausfuhrartikel von solchen etwaigen neuen Zollerhöhungen in den Vereinigten Staaten ebenso betroffen würden wie belgische. Wir seien wegen dieser speziellen Pläne, aber auch wegen der generellen Entwicklung der schutzzollnerischen Tendenz in den Vereinigten Staaten in lebhafter Besorgnis. Auf eine Zwischenfrage, ob die Deutsche Regierung beabsichtige, in Washington Vorstellungen deswegen zu erheben, habe ich geantwortet, dass wir dies voraussichtlich nicht tun werden, denn es sei zu befürchten, dass wir darauf eine sehr kühle Ablehnung bekämen, mit der Begründung, dass das eine interne Angelegenheit der Vereinigten Staaten sei. Es sei uns aber bekannt, dass deutsche Ausfuhrinteressenten sich mit ihren amerikanischen Importeurfreunden in Verbindung gesetzt hätten, um diese für die Geltendmachung ihrer Einfuhrinteressen mobil zu machen.

Joly machte dann eine Zwischenfrage, ob uns etwas davon bekannt sei, dass die anderen Regierungen[2] Vorstellungen erheben würden. Ich sagte ihm, darüber sei uns nichts bekannt und auf weitere Zwischenfragen, aus denen die Absicht herauszuhören war, zu erfahren, wie wir uns zu etwaigen gemeinsamen Schritten in den Vereinigten Staaten stellten, sagte ich ihm, dass die europäischen Staaten den Eindruck vermeiden müssten, als schlossen sie sich zu einer Einheitsfront gegenüber den Vereinigten Staaten zusammen. Auf jeden Fall könne Deutschland das nicht tun, denn wir seien finanziell von den Vereinigten Staaten so abhängig, dass wir uns das nicht leisten könnten. Gegenüber der amerikanischen Tendenz, sich immer mehr gegen ausländische Einfuhr abzuschliessen, gäbe es auf lange Sicht nur ein Mittel, die wirtschaftlichen Vereinigten Staaten von Europa, aber das sei ja eine Utopie, an die man in der Praxis nicht denken könne.

Ich fasste unsere Stellungnahme schliesslich dahin zusammen, dass wir diese amerikanischen Tendenzen mit grosser Besorgnis verfolgten, aber kein Mittel wüssten, was wir dagegen tun könnten.

Vorzulegen

Herrn V.L.R.Eisenlohr

Abt. II Belgien

Berlin, den 31. Januar 1929.